

Seite: 0
Ressort: Politik

Rubrik: Soziales/Inflation
Mediengattung: Nachrichtenagentur

Berliner Diakonie befürchtet Spaltung der Gesellschaft

Berlin (epd). Die Berliner Diakonie-Chefin Andrea Asch hat angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten vor einer Spaltung der Gesellschaft gewarnt. Bundes- und Landespolitik seien gefordert, Menschen mit geringem Einkommen wie Familien mit Kindern, Alleinerziehenden oder Rentnern am Existenzminimum eine echte Perspektive anzubieten, erklärte die Vorständin der Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) am Mittwoch in Berlin.

Asch reagierte damit auf ein am selben

Tag vorgestelltes Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag des Bundesverbandes der Diakonie. Darin unterstützt das DIW den Vorschlag des Wohlfahrtsverbandes für eine auf ein halbes Jahr befristete Zahlung von 100 Euro pro Monat an Erwachsene, die Sozialleistungen empfangen.

Asch betonte, der Regelsatz für Hartz IV-Empfänger müsse dauerhaft bedarfsgerecht angehoben werden. Zudem sieht sie mittlerweile die «gesellschaftliche Mitte zunehmend von Überschuldung

bedroht: »Wir sitzen auf einem Pulverfass. Politik muss jetzt tätig werden, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.« So beobachteten etwa die diakonischen Verbraucher- und Insolvenzberatungsstellen in Berlin und Brandenburg eine Entwicklung, »die verlässliche Haushaltsplanungen und Schuldenbereinigungen fast unmöglich macht".

epd ost phi bg

Wörter: 168